



Belastungspaket im Schulbereich

Einfach nur kontraproduktiv

Das Baselbieter Entlastungspaket soll die Staatsfinanzen wieder ins Lot bringen. Für die Schulen kommen die Abbauvorschläge im denkbar ungünstigsten Moment. Noch vor Ende der Vernehmlassungsfrist wurden diverse Initiativen lanciert. Der vpod region basel hat eine ausführliche Stellungnahme abgegeben und unterstützt zwei Initiativen.

Am 19. August überbrachte der vpod region basel seine Stellungnahme zum Entlastungspaket 12/15 der Baselbieter Regierung. Das Entlastungspaket als Ganzes wird vom vpod zurückgewiesen, ein Schwerpunkt des Widerstandes ist der Schulbereich. Anhand von vier Beispielen zeigt der vpod auf, wie kontraproduktiv die vorgeschlagenen Abbaumassnahmen sind – insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt.

Angespannte Situation • Die aktuelle Situation bei den Schulen ist angespannt. Die Regelung des Berufsauftrags und der Arbeitszeit der Lehrpersonen wird der Arbeitsrealität nicht gerecht. Die konkrete Umsetzung der fünften Ferienwoche hat die Lehrpersonen enttäuscht und wütend gemacht, denn sie werden nun schlechter behandelt als das übrige Kantonspersonal und gehen effektiv leer aus. Des Weiteren bringt der Reformprozess

aufgrund von HarmoS und dem Sonderpädagogik-Konkordat zusätzliche Belastungen für die Lehrpersonen.

Wenn jetzt die Regierung in dieser Situation Massnahmen wie die Erhöhung der Pflichtlektionen für die Fachlehrpersonen der Sekundarstufe I und II vorschlägt, ist das fahrlässig, denn solche Abbaumassnahmen gefährden den gesamten Reformprozess.

Vonseiten der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) wird immer wieder betont, dass die Zusatzkredite, die für die Umsetzung der Reformen gesprochen wurden, von den Sparmassnahmen nicht betroffen seien. Dies ist reine Augenwischerei, denn solche Reformen sind nicht realisierbar, wenn gleichzeitig am Fundament der Schule gerüttelt wird.

Widerstand ist wichtig • Der vpod kündigt in seiner Vernehmlassung an, dass er sämtliche demokratischen Mittel ausschöpfen wird, um dieses Entlastungspaket zu verhindern. Die einzelnen Massnahmen sollen auf der politischen Ebene bekämpft und nach Möglichkeit Referendumsabstimmungen erzwungen werden. Es genügt aber nicht, den Abbau zu verhindern, auch die «alten» Forderungen des vpod für die Verbesserung der Unterrichtsbedingungen sollen weiterverfolgt werden. Der vpod fordert

seit Langem, dass die Pflichtlektionen und die Klassengrössen gesenkt werden, damit die anstehenden Reformen gelingen können.

Initiativen lanciert • Als Reaktion auf das Entlastungspaket wurden von einzelnen Politikern mehrere Initiativen lanciert. Der vpod wurde um Unterstützung für zwei Initiativen angefragt, eine Initiative zur Senkung der Klassengrösse und eine Initiative zur Senkung der Pflichtlektionen für Klassenlehrpersonen an der Volksschule. Der Regionalvorstand hat beschlossen, die beiden Initiativen zu unterstützen, zumal sich deren Forderungen mit denjenigen des vpod decken. Im Juni 2010 hat der vpod region basel seine Petition «Klassenlehrpersonen um eine Lektion entlasten» mit rekordverdächtigen 1700 Unterschriften eingereicht, im Herbst doppelte vpod-Regionalvorstandsmitglied Regula Meschberger mit einer gleichlautenden Motion im Landrat nach. Beide Vorstösse scheiterten an der bürgerlichen Mehrheit, so dass die Initiative zur Senkung der Pflichtlektionen der Klassenlehrpersonen die logische Fortsetzung des politischen Wegs ist.

Heidi Mück •

Vernehmlassungstext unter www.vpod-basel.ch

Liestal tickt anders

Im Kanton Baselland drohen im Rahmen des aktuellen Entlastungspakets zahlreiche Abbau-massnahmen im Schulbereich. Damit positioniert sich Baselland völlig quer im Bildungsraum Nordwestschweiz und auch national. Eine Übersicht von Heidi Mück.

Der Kanton Baselland scheint keine Angst vor einem Personalnotstand an seinen Schulen zu haben. Munter wird bei den Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen an der Schraube gedreht, und Verbesserungsvorschläge werden abgelehnt.

BL: nichts als Verschlechterungen • Die Ausgestaltung des Berufsauftrags und der Arbeitszeit für die Lehrpersonen, die seit Jahren von den direkt Betroffenen als unbrauchbar bezeichnet wird, soll nicht geändert werden. Die zahlreichen Lehrpersonen, die mit der Jahresarbeitszeit nicht klarkommen und über Überlastung klagen, sollen halt ihre Arbeit besser einteilen und Prioritäten anders setzen. Die *vpod*-Petition «Klassenlehrpersonen um eine Pflichtlektion entlasten», die mit rekordverdächtigen 1700 Unterschriften eingereicht wurde, wurde im Landrat abgeschmettert, ebenso die gleichlautende Motion. Bei der Umsetzung der fünften Ferienwoche für das Kantonspersonal gehen die Baselbieter Lehrpersonen faktisch leer aus und erhalten den fast schon zynischen Ratschlag, sie sollten die zusätzlichen Ferientage doch mittels Effizienzsteigerung hereinholen. Bezüglich der Umsetzung des Sonderpädagogik-Konkordats und der konkreten Ausgestaltung der Integrativen Schule behauptete die Regierung im Abstimmungskampf dreist, dass durch den Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat keine neuen Kosten entstehen würden. Das heisst nichts anderes, als dass die Integration behinderter oder einfach schwieriger Kinder zum Nulltarif erfolgen soll.

Im Juni folgte mit den Massnahmen des Entlastungspakets 12/15 der nächste Tiefschlag für den Schulbereich: Erhöhung der Pflichtlektionen für Fachlehrpersonen an der Sekundarstufe I und II, Senkung des Lohns um 15 Prozent für Stellvertretungen unter drei Monaten, Abbau an Brückenangeboten etc.

Die Frage, wie die Lehrpersonen unter diesen Bedingungen für die intensiven und anspruchsvollen Reformarbeiten, die den Schulen bevorstehen, motiviert werden sollen, drängt sich auf.

ZH, AG, SO, BS: Die Konkurrenz schläft nicht • Während der Kanton Baselland die Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen verschlechtert, hört man aus den umliegenden Kantonen, die bis vor Kurzem ins gleiche Horn geblasen haben, Erstaunliches.

Dass der Kanton Zürich die Löhne für Lehrpersonen massiv erhöht und an einigen Schulen die Ferien verlängert hat, damit die Weiterbildung der Lehrpersonen stattfinden konnte,

überrascht nicht so sehr. Schon seit einigen Jahren waren Meldungen über die prekäre Personalsituation an den Zürcher Schulen zu hören. Diese zeigte sich in Zürich besonders markant, weil die umliegenden Kantone weit-aus bessere Arbeitsbedingungen boten, was den Kanton zum Handeln zwang.

Erstaunlicher sind die Meldungen aus den Kantonen Aargau und Solothurn. Im Kanton Aargau hat der SVP-Erziehungsdirektor durchgesetzt, dass die Löhne für Lehrpersonen erhöht und die Pflichtlektionen an der Primarschule gesenkt wurden. Der Kanton Solothurn will immerhin die Entlastung der Klassenlehrpersonen prüfen.



Und sogar der Basler Erziehungsdirektor, lässt sich mit der Aussage zitieren, dass er immer gesagt habe, er mache keine Reform, wenn gleichzeitig bei den Schulen ein Sparprogramm durchgezogen werden soll. O-Ton Ey-mann: «Man kann nicht am Courant normal etwas abschränken und dann von den Lehrpersonen erwarten, dass sie eine Reform hoch motiviert mittragen.» Zwar sind diese Aussagen auch immer unter dem Aspekt des Dauerwahlkampfes des Basler Erziehungsdirektors zu betrachten und deshalb auch zu relativieren, doch im Vergleich mit dem Kanton Baselland können sich die Mittel, die für die basel-städtischen Schulreformen zur Verfügung gestellt werden, durchaus sehen lassen.

Entlassungen sind das Schlimmste • Der Kanton Baselland nimmt mit seinem Entlastungspaket sogar Entlassungen in Kauf. Allein im Schulbereich ist der Abbau von 130 Vollstellen vorgesehen, wovon rund 170 Personen betroffen sein werden. Dies ist nicht nur mit natürlichen Abgängen durchführbar. Das ist ein sehr schlechtes Signal für die Lehrpersonen, das bei ihnen den Eindruck mangelnder Wertschätzung verstärken und die Bindung an den Arbeitgeber Baselland schwächen wird. Die umliegenden Kantone werden es danken und sich sicher über den Zuwachs an Lehrpersonen insbesondere der Sekundarstufe I freuen. Wie die Arbeitsmarktsituation der Schulen des Kantons Baselland in ein paar Jahren aussehen wird, ist schwer voraussehbar. Nachhaltig ist diese Personalpolitik auf alle Fälle nicht.

Heidi Mück •

Tribüne

Staatsvertrag

Das Sparpaket des Kantons Baselland bewegt die Gemüter, aber es blockiert die Geister. Dies nicht von ungefähr. Denn es ist auch eine Folge sowohl von einer Öffnung als auch von geistigen Blockaden. Am Ursprung stehen zwei gegenläufige Tendenzen.

Der Kanton Baselland verfolgt seit längerem den Kurs, mehr Verantwortung in der Bildungs- und der Forschungslandschaft unserer Region zu übernehmen. Seit den 1970er-Jahren ist die Beteiligung des Baselbiets an der Universität stetig gestiegen. Dies nicht zuletzt auch angesichts des zeitweise drastisch erscheinenden Unterschieds zwischen der Finanzkraft des aufstrebenden Baselbiets und des darbenenden Stadtkantons. Die Bereitschaft, mehr Kosten, aber auch mehr Verantwortung für die tertiäre Bildung zu übernehmen, war für das Baselbiet Ausdruck des gestiegenen Selbstbewusstseins und der Öffnung zu weiteren Horizonten. Gleichzeitig schlug sich darin auch die Erkenntnis nieder, dass die Förderung von Wissenschaft und wirtschaftlicher Applikation Grundlage der Prosperität unserer Region ist. Diese Einsichten gipfelten in der gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel.

Wenn nun von SVP-Seite behauptet wird, der entsprechende Staatsvertrag habe dem Kanton Baselland das Genick gebrochen, dann ist das nicht nur billige Polemik, sondern gefährlicher Unsinn. Damit werden die derzeitigen Schwierigkeiten im Baselbieter Haushalt einseitig auf einen Faktor zurückgeführt (der zudem quantitativ das entstandene Loch gar nicht erklären kann). Unterschlagen wird, dass das Loch im Baselbieter Staatssäckel vor allem durch die Steuergeschenke der letzten 10 Jahre entstanden ist, die uns jährlich einen Einnahmenverlust von über 120 Millionen bescheren. Diese fehlenden Einnahmen sind es, die uns blockieren.

Heute hat sich das finanzielle Kräfteverhältnis zwischen Stadt und Land zugunsten von Basel verändert. Da kann es durchaus ein legitimes Thema sein, die Finanzierungsmodalitäten bei gemeinsam getragenen Institutionen noch einmal anzusehen. Vielleicht lässt sich eine Lösung finden, die der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Partner flexibler Rechnung trägt als ein fixer Modus. Diese Frage aufzuwerfen, heisst noch lange nicht, dass Staatsverträge gekündigt werden sollen. Es geht lediglich darum – wie in der Phase des Aufbaus der Baselbieter Beteiligung an der Universität –, den Realitäten nüchtern in die Augen zu sehen und gemeinsam Lösungen zu finden.

Unter guten Partnern geht das.



Ruedi Brassel,
SP-Landrat und
Gemeinderat Pratteln

Vom Kindergarten zur Kinderschule?

Bis im Sommer 2012 soll der Erziehungsrat entscheiden, ob ein neues Mathematiklehrmittel für den Kindergarten obligatorisch erklärt werden soll. Die designierten Schulleitungen der Kindergärten wollen das Obligatorium, die Kindergartenlehrpersonen äussern sich kritisch, obwohl das Lehrmittel an sich nicht bestritten ist.

Der Brief, den die «Quartierleitungen als designierte Schulleitungen der Kindergärten Basel» im Juni an die Kindergartenlehrpersonen geschickt haben, ist unmissverständlich. Am grundsätzlichen Entscheid, das Lehrmittel «Das kleine Zahlenbuch» «an den Kindergärten für alle Kinder obligatorisch einzuführen», wird festgehalten. Der Entscheid über die Einführung des Lehrmittels liegt beim Erziehungsrat, und dieser wird erst im Sommer 2012 definitiv darüber beschliessen, weil das Lehrmittel vorher mit einer kleinen Gruppe von Lehrpersonen evaluiert werden muss.

Lehrpersonen wollen kein Obligatorium für die Kinder • In einer Anhörung, die in diesem Frühjahr durchgeführt wurde, sprach sich eine überwältigende Mehrheit der Kindergartenlehrpersonen gegen das Obligatorium aus. Das Lehrmittel als solches wurde als anregend und unterstützend bezeichnet, trotzdem forderten die Lehrpersonen die Möglichkeit, ihre Lehrmittel weiterhin selber wählen zu können. Es wurde die Befürchtung geäussert, dass die ganzheitliche, alle Entwicklungsbereiche abdeckende Förderung im Kindergarten nicht mehr im Vordergrund stehen und dass dieses erste Obligatorium unweigerlich weitere Obligatorien nach sich ziehen würde. Dieses Obligatorium wäre somit der erste Schritt zum Fächerunterricht im Kindergarten.

Warum dieser Widerstand? Wenn man die Liste der obligatorischen Lehrmittel anschaut, wird ersichtlich, dass es auf der Kindergartenstufe schon heute einige obligatorische Lehrmittel gibt, wie zum Beispiel das Liederbuch «Der kleine Zottelbär» oder Sprachbücher. Diese sind jedoch nur für die Lehrpersonen obligatorisch, was heisst, dass die Inhalte dieser Lehrmittel in den Unterricht einfließen müssen, die Lehrpersonen jedoch frei sind, in welchem Ausmass sie diese Lehrmittel benützen. Diese Lehrmittel enthalten Vorschläge für die Umsetzung in die Praxis, sind jedoch nicht gekoppelt mit einem eigenen Lehrmittel für die Kinder.

Kindergarten mit Fächerunterricht? • Wenn das Lehrmittel für die Kinder obligatorisch erklärt wird, bedeutet dies einen Paradigmenwechsel. Der Kindergarten bewegt sich weg von der ganzheitlichen sozialen, emotionalen und kognitiven Förderung unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands der einzelnen Kinder, wie sie im Lehrplan vorgesehen ist, hin zum Fachunterricht mit klar definierten Lernzielen in

einzelnen Fächern. Dies sollte nicht ohne vorgängige, intensive Diskussion über die Richtung, in die sich der Kindergarten entwickeln soll, geschehen.

Die GegnerInnen des Fächerunterrichts argumentieren oft mit der Angst vor der «Verschulung» des Kindergartens. Diese Angst wird zwar belächelt, ist aber durchaus berechtigt. Sie gründet nicht im verklärten Bild des Kindergartens, in dem die Kinder ausschliesslich spielen und gar von der Kindergärtnerin daran gehindert werden, «etwas Richtiges» zu lernen. Diese Argumentation gründet im Verständnis des Kindergartens als Ort der differenzierten, ganzheitlichen Förderung der Kinder in ihrer Sach-, Selbst- und Sozialkompetenz, also der Förderung von Kopf, Herz und Hand. Diese ganzheitliche Förderung wird umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass die Kinder nach der Vorverschiebung des Kindergarteneintritts gemäss HarmoS im Schnitt 3 Monate jünger sind als vorher.

Lehrplan Kindergarten für umfassende Förderpädagogik • Wer den aktuellen Lehrplan Kindergarten für den Kanton Basel-Stadt studiert, wird erkennen, dass diese Institution ihren Bildungsauftrag in hoher Qualität und Differenziertheit ausübt. Mit Leitideen, Richtzielen, Grobzielen und Anregungen zur Umsetzung

werden im Lehrplan zahlreiche Fachgebiete umschrieben. Die mathematische Förderung findet sich zum Beispiel im Richtziel «Probleme erkennen und Lösungsmöglichkeiten suchen» oder auch «Beziehungen und Gesetzmässigkeiten erkennen und darstellen». Darunter fallen Umsetzungsmöglichkeiten wie «geometrische Grundformen erkennen, nachgestalten, unterscheiden, benennen», «in unterschiedlichen Situationen zählen, schätzen, zuordnen, Mengen und Zahlenreihen bilden» oder auch «mathematische Gesetzmässigkeiten kennen lernen wie teilen, Gruppen bilden, addieren und subtrahieren». Förderung in Mathematik ist neben der Sprachförderung, der Bewegungsförderung (Grob- und Feinmotorik), der Förderung der sozialen und emotionalen Kompetenzen, des künstlerischen Ausdrucks und zahlreicher weiterer Fähigkeiten eine Aufgabe unter vielen. Diese Aufgaben werden ganzheitlich angegangen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstandes des einzelnen Kindes, aber auch der Kindergartenklasse, in hoher Qualität und mit grossem Engagement der einzelnen Lehrpersonen. Ein obligatorisches Mathematiklehrmittel für alle Kinder ist deshalb unnötig und bedeutet eine falsche Weichenstellung.

Pia Suter, Heidi Mück •

Zeitschriften

vpod bildungspolitik Nr. 172 • Schwerpunktthema «Musikunterricht»

Nummer 172 / Juli 2011

vpod bildungspolitik
Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft



Trotz des hohen gesellschaftlichen Stellenwerts von Musik ist der Musikunterricht nicht für alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen zugänglich. Besonders problematisch sind zudem oftmals die Arbeitsbedingungen für Musiklehrpersonen. Mit der «Initiative Jugend + Musik» könnten grundlegende Verbesserungen erreicht werden, bereits jetzt treten einige neue kantonale Musikschulgesetze in Kraft. Die Artikel analysieren aus wissenschaftlicher, gewerkschaftlicher und berufspraktischer Perspektive den Stand der Dinge und diskutieren den weiteren Handlungsbedarf.

Ein weiterer Beitrag widmet sich den Möglichkeiten vorurteilsbewusster Erziehung in der Kita. Der Mittelbund besteht aus einer beigelegten Broschüre, die die Lage von Sans-Papiers-Kindern und -Jugendlichen an Schweizer Schulen skizziert und Handlungsempfehlungen an Schulbehörden und Lehrpersonen formuliert. • se

Ein Jahresabonnement von vpod bildungspolitik umfasst fünf Ausgaben und kostet 40 CHF.
www.vpod-bildungspolitik.ch • vpod bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich

Zwei Gesichter der SVP-Bildungspolitik

Die bildungspolitischen Forderungen der SVP haben ein «volkstümliches» und ein neoliberales Gesicht. sektor erziehung hat sich darüber mit Fitzgerald Crain, Mitglied der Bildungsgruppe im «Denknetz», unterhalten.

sektor erziehung: Seit einiger Zeit hat die SVP die Bildungspolitik als Aufmarschgebiet entdeckt. In welchen Bereichen wird dies deutlich? In welche Richtung zielen insbesondere die Forderungen, die von der SVP bezüglich der Volksschule erhoben werden?

Fitzgerald Crain: Die Bildungspolitik der SVP hat ein doppeltes Gesicht. Von den Medien verbreitet werden die Forderungen nach mehr Disziplin und mehr Leistung, man will keine «Kuschelpädagogik» mehr, man solle mit dem spielerischen Lernen aufhören, es brauche



Fitzgerald Crain,
Mitglied der Bildungsgruppe im «Denknetz»

wieder «den» Lehrer und den Frontalunterricht, oder man solle grundsätzlich Abstand nehmen von all dem modernen methodisch-didaktischen «Firlefanz».

Von einem pädagogischen und entwicklungspsychologischen Gesichtspunkt ist das kaum ernst zu nehmen. Der SP-Bildungspolitiker Hans Zbinden hat in einem Artikel in der Wochenzeitung «Die Zeit» dieses Konzept zu Recht als «schmalspurig, weltfremd und altbacken» bezeichnet. Ganz problematisch ist dabei, dass die Schule mit diesen Forderungen implizit – und auch explizit – schlechtgemacht wird.

se: Und das andere Gesicht?

Crain: Die SVP spielt ein doppeltes Spiel. Auf einer der Öffentlichkeit weniger bekannten Ebene formuliert sie ein liberales Konzept von Bildung und Erziehung: Der Unterricht auf allen Stufen von der Primarschule bis zur Universität soll Kinder und Jugendliche auf ihre berufliche Nützlichkeit im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort Schweiz vorbereiten.

Private Schulprojekte sollen gefördert werden. Sämtliche Weiterbildungsangebote müssen privat organisiert und finanziert werden. Die SVP unterstützt eine Bildungspolitik, bei der «Bildung» – wie es Jochen Krautz formuliert hat – zu einer Ware wird. Qualitätskontrolle, Leistungsmessungen, fortwährende Evaluation, die Thesen zur SVP-Bildungspolitik offenbaren ein durch und durch ökonomistisches Denkmuster.

se: Was bezweckt die Partei mit ihren Forderungen?

Crain: Die SVP «bewirtschaftet» ein allgemeines Unbehagen. Einige ihrer Forderungen treffen durchaus einen Nerv der heutigen Zeit. Die Bildungslandschaft befindet sich in einem Prozess tief greifender Umformung. Wenige kommen wirklich draus. Der SVP gelingt es, einen hochkomplexen Reformprozess – den wir in der «Denknetz»-Bildungsgruppe durchaus kritisch sehen – auf vereinfachende Weise in scheinbar verständliche Themen zu verwandeln. Die SVP ist auch die einzige Partei, die einen bildungspolitischen Föderalismus vertritt – was durchaus populär ist.

Nicht zuletzt ist die Bildungspolitik ein Feld, auf dem man die «Linken» – «die 68er» – angreifen kann. Man macht sie zum Beispiel für die Konsumhaltung junger Menschen verantwortlich, an der die Wirtschaftspolitik der SVP massgeblichen Anteil hat, – und lenkt von dieser Mitverantwortung ab.

se: Auch auf die Ausrichtung der Universitäten will die SVP Einfluss nehmen. Was kennzeichnet ihre Forderungen in diesem Bereich? Was würde die Umsetzung eines solchen Programms für die Unis und die Studierenden bedeuten?

Crain: Universitäre Bildung – so der Ansatz der SVP – soll auf den Beruf vorbereiten und in wirtschaftlicher Hinsicht nützlich sein. Hochschulbildung und Forschung sollen nur dann öffentlich finanziert werden, wenn sich die Investitionen wirtschaftlich lohnen – wenn es einen Return on Invest gibt. Hochschulen sollen sich von staatlicher Finanzierung möglichst unabhängig machen, indem sie Drittmittel «einwerben»; damit soll die Unabhängigkeit der Hochschulen gestärkt werden. Das Gegenteil ist natürlich wahr: Die Hochschulen würden damit ihre (immer relative) Unabhängigkeit – die Freiheit von Lehre und Forschung – verlieren. Und für die Studierenden hätte eine Hochschulpolitik nach Art der SVP zur Folge, dass die Studiengebühren massiv steigen würden, was die soziale Ungleichheit weiter vergrössern würde. Jene Fächer, die einen Return on Invest garantieren, würden finanziell gefördert, während geisteswissenschaftliche Fächer noch stärker benachteiligt würden. Eine SVP-konforme Hochschulpolitik wäre mit dem Verlust an kritischer Nachdenklichkeit und damit von Demokratie verbunden.

Ein Basler Bürger

Robert Labhardt: Kapital und Moral. Christoph Merian. Eine Biografie. Christoph Merian Verlag, Basel 2011. 334 Seiten, 38 Franken.



Dank dem vielfältigen Wirken der Christoph Merian Stiftung (CMS) fällt der Name ihres Stifters auch fast 150 Jahre nach dessen Tod in Basel immer wieder. Wer dieser Wohltäter gewesen ist und wie er zu seinem Reichtum gekommen ist, dürfte dem Grossteil der Menschen, die heute in der einen oder anderen Form von seiner Stiftung profitieren, jedoch kaum bekannt sein. Wohl auch deshalb hat die CMS aus Anlass ihres 125-jährigen Bestehens (die Stiftung trat 1886 nach dem Tod von Merians Witwe Margaretha in Kraft) dem Historiker und vormaligen sektor-erziehung-Redaktor Robert Labhardt den Auftrag erteilt, eine neue Merian-Biografie zu verfassen.

Labhardt hat sich bei seiner Arbeit stark auf Geschäftsunterlagen und Prozessakten gestützt; persönliche Quellen, wie zum Beispiel Tagebücher, hat Merian nicht hinterlassen. Trotzdem ist «Kapital und Moral» alles andere als ein trockenes Buch geworden. Labhardt gelingt es ausgezeichnet, Merian vor den Hintergrund seiner Zeit und der in ihr stattfindenden historischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu stellen und dabei Merians Selbstverständnis und Eigenheiten herauszuarbeiten. So ist Labhardts Buch denn auch weit mehr als eine Biografie. Wer eine Vorstellung davon gewinnen möchte, wie sich die Welt des Basler Bürgertums im Laufe der Zeit verändert hat, wird hier zahlreiche Denkanstösse finden. Zudem erhalten wir in «Kapital und Moral» auch Einblick in Baselbieter Amtsstuben: Nach der Kantonstrennung lag Merians Brüglinger Gut nicht mehr auf Basler, sondern Münchensteiner Boden. Dass Merian in seiner Stiftung nur seine Vaterstadt bedachte, nahm man in Baselland denn auch einigermaßen enttäuscht zur Kenntnis.

Martin Stohler •